

* Die Mietsteigerungen in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. In der gestrigen Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung richtete die sozialdemokratische Fraktion eine Anfrage an den Magistrat, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um der durch die allgemeine Mietsteigerung der Hausbesitzer bevorstehenden Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen. Oberbürgermeister Dr. Scholz erwiderte, daß der Magistrat sich mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt habe. Nur die öffentliche Ordnung gefährdende Zustände oder eine wirtschaftliche Notlage könnten ein behördliches Eingreifen rechtfertigen. Es sei ferner zu bedenken, daß die Hausbesitzer unter dem Krieg ganz gewaltig zu leiden haben, und daß die Belastung derselben bedeutend zugenommen habe. Es sei daher nicht richtig, wenn die Gemeinden gegen die Mietsteigerungen gegenwärtig Schritte unternehmen würden. Nachdem Stadtv. Dr. Liepmann (Alt-Bürg.) sowie andere Stadtverordnete den Ausführungen des Oberbürgermeisters beigestimmt hatten, fand die Anfrage hierdurch ihre Erledigung.

Nach kurzer Erörterung erklärte sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Wahl von Frauen in die einzelnen Deputationen einverstanden. Der Vorschlag des Ausschusses über die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes wurde angenommen. Die neue Deputation soll aus 4 Magistratsmitgliedern, 5 Stadtverordneten und 8 von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Mitgliedern bestehen.